wA16neu Digitale Teilhabe und Jugend schützen – Plattformen in die Pflicht nehmen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.04.2026
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge

Antragstext

Die aktuelle Debatte um Social Media Verbote für Kinder und Jugendliche ist aus unserer Sicht zu verkürzt und einseitig. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz, aber ebenso auf Teilhabe. Auch im digitalen Raum gelten die Grundrechte auf Informations- und Meinungsfreiheit. Die UN-Kinderrechtskonvention umfasst ausdrücklich auch das Recht junger Menschen, an gesellschaftlicher Kommunikation teilzuhaben. Soziale Medien sind für viele Kinder und Jugendliche mittlerweile ein zentraler Kommunikations- und Informationsraum.

Gleichzeitig sind die Risiken real. Plattformmechanismen wie endlose Feeds, algorithmische Verstärkung, gezielte Aufmerksamkeitslenkung und suchtfördernde Designs können Kinder und Jugendliche belasten, gefährden und in ihrer Entwicklung beeinträchtigen. Die möglichen negativen Auswirkungen sind bereits vielfach belegt, von Konzentrationsschwierigkeiten bis zu Schlafstörungen und Depressionen. Digitale Tech-Konzerne kommen ihrer Verantwortung für den Schutz junger Menschen aktuell nicht nach. Daher besteht Handlungsbedarf!

Unser Ziel ist es, jungen Menschen digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dafür bedarf es jedoch Rahmenbedingungen und Regeln, die Kinder und Jugendliche nicht zum Spielball der Profitinteressen der Tech-Konzerne machen. Das Spannungsfeld zwischen Schutz und Teilhabe wollen wir produktiv auflösen und setzen uns für sichere Social Media Plattformen für alle Altersgruppen ein. Pauschale Social Media Verbote für Kinder und Jugendliche halten wir als Lösung für das Thema nicht für zielführend, da wir auch Antworten auf das Recht für Teilhabe junger Menschen geben müssen. Deswegen erwarten wir von der Kommission, dass sie ihre Handlungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene konsequent und kurzfristig nutzen und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich sicher in den sozialen Medien zu bewegen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass es altersdifferenzierte Regulierungen und Einschränkungen braucht, solange die jeweiligen Plattformen unsere Kinder und Jugendlichen nicht schützen. Das Ziel muss aber sein, gleichzeitig weiter darauf hinzuwirken, die Plattformen parallel auf Kinder- und Jugendschutz zu verpflichten.

Da auch jüngere Kinder sich auf diesen Plattformen tummeln, setzen wir uns für die Entwicklung von sicheren digitalen Angeboten für Kinder unter 14 Jahren ein. Diese Angebote sollen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden. Für Kinder und Jugendliche sollen nur solche Plattformen zugänglich sein, die den Anforderungen des Jugendschutzes nach dem Digital Services Act entsprechen. Plattformen, die gegen diese Vorgaben verstoßen, sollen für Minderjährige gesperrt werden. Parallel müssen die Betreiber konsequent und wirksam sanktioniert werden und darauf hingewirkt werden, dass die Regeln des Digital Services Act eingehalten werden, damit Kinder und Jugendliche nicht in ihrem Recht zur Teilhabe beschnitten werden.

Viele junge Menschen empfinden pauschale Verbotsdebatten zu Recht als ungerecht, gerade weil analoge Räume für sie vielerorts schwinden. Jugendzentren schließen, Treffpunkte gehen verloren und freie Räume werden seltener. Wer junge Menschen zusätzlich pauschal aus digitalen Räumen ausschließen will, verkennt ihre Lebensrealität. Zugleich haben junge Menschen selbst oft ein hohes Bewusstsein für die Gefahren und Suchtpotentiale sozialer Medien und fordern Regulierung und wirksamen Schutz ein. Genau deshalb müssen wir sie auch vor suchtmachenden Algorithmen, Gewaltbildern, Pornographie und gezielter Desinformation schützen. Das geht aber nicht über ihre Köpfe hinweg: Wir setzen uns dafür ein, jungen Menschen in dieser Debatte auf Augenhöhe zu begegnen und sie zu beteiligen.

Die Risiken sozialer Medien sind nicht auf junge Menschen beschränkt. Menschen aller Altersgruppen können anfällig für Desinformation, Abhängigkeit und manipulative Inhalte sein. Unser Ziel sind sichere digitale Räume für alle Altersgruppen. Der wichtigste und längst überfällige Schritt besteht deshalb darin, die Anbieter stärker in die Verantwortung zu nehmen und die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen und auszuschöpfen. Der Digital Services Act gibt dafür einen klaren Rahmen vor. Plattformen müssen verpflichtet werden, Risiken wirksam zu minimieren, Schutzmechanismen umzusetzen und ihre Algorithmen so anzupassen, dass suchtfördernde, manipulative und entwicklungsgefährdende Wirkweisen eingedämmt werden.

Wir fordern daher, dass die EU Kommission und die zuständigen Behörden die bestehenden Regelungen des Digital Services Act endlich entschlossen anwenden und durchsetzen. Nicht Kinder und Jugendliche dürfen primär reglementiert werden, sondern die Anbieter und die von ihnen eingesetzten Mechanismen müssen wirksam kontrolliert, beschränkt und gegebenenfalls sanktioniert werden. Wo Konzerne systematisch gegen Schutzstandards verstoßen oder ihre Marktmacht missbrauchen, müssen auch weitergehende Eingriffe möglich sein – bis hin zur Zerschlagung übermächtiger Strukturen.

Für uns ist klar: Die Verantwortung darf nicht einseitig auf Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte abgewälzt werden.

Dennoch ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen auch eine Aufgabe der Erziehungsberechtigten. Deshalb wollen wir weiter darüber informieren, welche bestehenden Möglichkeiten es bereits gibt, etwa über die im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag angelegten Schutzoptionen. Erziehungsberechtigte sollen besser erreicht, aufgeklärt und unterstützt werden, damit sie diese Aufgabe gut wahrnehmen können. Wo weiterer Unterstützungsbedarf besteht, wollen wir passende Angebote schaffen.

Ebenso wichtig ist eine weitere Stärkung der digitalen Medienkompetenz in der Schule, verbunden mit echter Ermächtigung zur digitalen Teilhabe. Kinder und Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, Plattformmechanismen zu verstehen, Risiken zu erkennen und selbstbestimmt mit digitaler Kommunikation umzugehen. Digitale Prävention, Medienbildung und kritische Plattformkompetenz sollen deshalb frühzeitig und verbindlich vermittelt werden.

Altersüberprüfungen im Internet dürfen dabei nicht zu neuen Risiken führen. Sie dürfen nicht zum Einfallstor für Überwachung, Datenmissbrauch oder eine schleichende staatliche Kontrolle des Internets werden. Wo Alterskontrollen eingesetzt werden, müssen sie datensparsam, anonym und grundrechtskonform

ausgestaltet sein, etwa auf Grundlage datenschutzfreundlicher technischer Verfahren wie Zero Knowledge Proofs.

Begründung

wa16neu ist die geeinte Neufassung zu wa16 und den Änderungsanträgen